

Wien – Georg Olschak ist am Montagmorgen not amused. Der Grund des Ärgers des Vorsitzenden im Bestechungsprozess gegen Ernst Strasser: die Aussendung der beiden britischen Aufdeckerjournalisten vom Sonntag, wonach sie sehr wohl bereit wären auszusagen, was sich in der Vorwoche noch anders dargestellt hat.

Tatsächlich scheint es sich um ein Missverständnis gehandelt zu haben, wie sich nach Vermittlung des STANDARD herausstellte. Jonathan Calvert ging offenbar davon aus, dass Kameras während der Verhandlung zugelassen sind, beim österreichischen Gericht interpretierte man seine Forderung nach „Anonymity“ als Wunsch nach Verhüllung.

Der von Vorsitzendem Olschak geplante Termin der Zeugenaussage am 13. Dezember erscheint aber fraglich, da Calvert in der Vorwoche eine Hüftoperation hat-

Option Kameraverbot

Wie der Anonymitätswunsch des Journalisten erfüllt werden soll, ist noch nicht fix. Der Präsident des Landesgerichts hätte die Möglichkeit, ein Kameraverbot für das gesamte Gebäude zu erlassen. Eine andere Option ist, den Zeugen auf verschlungenen Wegen zum Warteraum zu bringen.

Als Zeuge aufgerufen wird Calvert am Montag von Olschak dennoch – aus formalen Gründen. Dann beginnt die Fragerunde mit Ernst Strasser, der wieder auf dem Anklagestuhl Platz nehmen muss. Olschak hält ihm dabei seine Aussagen aus zwei von dem Ex-Innenminister angestregten Medienprozessen vor. Da hörte sich die Erklärung, warum er nicht zur Polizei gegangen ist, nämlich etwas anders an: Er habe „keine Zeit gehabt“. Und: „Mein Vertrauen in die österreichischen Sicherheitsbehörden ist ein sehr hohes.“

Erstmals präsentiert Strasser aber eine neue Entlastungszeugin: Seiner Lebensgefährtin habe er vom Geheimdienstverdacht erzählt. Ob diese aber auch als Zeugin aussagen wird, lässt Strasser-Verteidiger Thomas Kralik offen.

Auch von Staatsanwältin Alexandra Maruna kommen Vorwürfe. Er habe bei den Gesprächen mit den Journalisten nicht ständig gelogen, sondern sehr wohl von realen Aufträgen gesprochen. Etwa für die Austrian Airlines, aber auch andere Firmen seien leicht zu identifizieren. Strasser kontert, er habe „immer zum Schutze meiner Kunden und zum Schutze Österreichs agiert“. Bei Angelegenheiten, die seine Tätigkeit als ÖVP-Europaparlamentarier tangiert haben, habe er „immer klar die Grenzen abgesteckt“.

Am Dienstag wird fortgesetzt.
➔ Livebericht auf:
derStandard.at/Strasser

Zum vierten Mal betritt Ernst Strasser in seinem Bestechungsprozess den Großen Schwurgerichtssaal. Und erwähnt eine neue Entlastungszeugin: Seine Partnerin soll vom Agentenverdacht gewusst haben.

Foto: Cremer

...gaben gab es immer ein Sparpaket“

... Milliarden, ... zugulasten ... die Pläne? ... n wie viel? ... John.

... men hierzuland Vermögen eine ... astung beschei- ... haben mit Aus- ... senknicks über ... gt und sind auf ... t konzentriert: ... ationalbank be- ... t 45 Prozent des ... igentums. Eine ... lle Quelle sind ... umweltschädli- ... strafen.

... astet werden? ... d sich Fachleute ... oolitiker, dass ... er unteren Gren- ... den müsse. Als ...ieht Christian ... ktor des Instituts ... ien, den hohen ... z: Dieser beträgt ... ist ab einer Be- ... e von 11.000 ... as einem Jahres- ... 6.870 Euro brut- ... ersicherung und ... pricht. Wer für ... nten Euro über ... agartig mehr als ... Fiskus abliefern ... ig Anreiz, mehr ... iert Keuschnigg.

... n Verdienst greift ... ftiger zu? ... 00 Euro (36.400 ... nd 43,2 Prozent ... uro (82.600 brut- ... er jeweilige Pro-

schrittweise ab Jahresbruttoeinkommen von 186.000, 361.000 und 595.000 Euro ab.

Frage: Die ÖVP will die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz anheben. Nützt das dem Mittelstand?

Antwort: Tatsächlich setze der Spitzensteuersatz in Österreich im internationalen Vergleich sehr früh ein, stellt IHS-Chef Keuschnigg betont wertfrei fest. Um dabei aber den Mittelstand als Opfer zu sehen, muss man schon eine sehr großzügige Interpretation bemühen: Gerade 2,7 Prozent aller Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen berappen den Höchstarif. Das sind knapp 180.000 von gut 6,58 Millionen Menschen.

Frage: Wie viele Österreicher verdienen umgekehrt so wenig, dass sie

nicht einmal den niedrigsten Steuersatz zahlen müssen?

Antwort: Die Statistik von 2009 nennt rund 2,6 Millionen Arbeitnehmer und Selbstständige.

Frage: Zahlen diese Menschen überhaupt keine Steuern?

Antwort: Das wird im politischen Streit gerne behauptet, ist aber falsch. Werk tätige zahlen ja nicht nur Lohn- und Einkommenssteuer, sondern auch Sozialversicherungsbeiträge und indirekte Steuern, die Ärmere besonders treffen. Rechnet man diese drei größten Brocken zusammen, dann liefern Österreichs Haushalte durch die Bank etwa 35 bis 39 Prozent ihres Einkommens an den Staat ab – ob guter oder schlechter Verdienst macht kaum einen Unterschied.

Der Standard 4.12.2012

Konservativer Streit um das Bild der künftigen EU

Wien – „Nova Europa“ ist ein wenig beachteter Honoratiorenverein, in dem honorige Ex-Politiker wie Heinrich Neisser oder Josef Riegler die Idee pflegen, die EU langfristig zu einer demokratischen Republik weiterzuentwickeln. Ein Ziel, das dem BZÖ suspekt erscheint: Als das BZÖ aber die Mitglieder des Vereins auflistete, entstand Wirbel unter den konservativen Europafreunden: Lukas Mandl und Wolfgang Gerstl nahmen den orangenen Angriff auf den Verein zum Anlass, um auszutreten: Sie wären für ein christlich-soziales, nicht aber für ein vereintes Europa. Neisser konterte: Der Verein sei immer für ein vereintes Europa gewesen. (cs)

➔ <http://nova-europa.eu>

Film ansehen und spenden:
Gruft Winterpaket.

Schlafsack und Hilfe
für Obdachlose für € 50,-

RBI 404 050 050 „Winterpaket“
BLZ 31 000



Ein Schlafsack